



Berichte und Kommentare

1/2013

- **Rechts? In der Mitte!
Jahrestagung 2012**
- **Die Große Transformation –
ohne sie geht es nicht**
- **Reformation – ein Grund zum
Feiern?**

Arbeitskreis Evangelische Erneuerung

Inhalt

Uli Willmer: Editorial	3
Ronald Lutz: Warum die Mitte nach rechts rückt	4
Martin Becher: Was tun gegen Rechtsextremismus?	6
Ark Nitsche: Biblische Kraftquellen	8
Kairos Europa – Transformation gegen die Katastrophe	9
Martin Kleineidam: Reformation – von oben?	11
Lutz Taubert: Luther – hält für (fast) alles her	13
Lutz Taubert: Knapp 20 Prozent – schön gerechnet	15
H.G.Koch: Dritter Weg – vierter Weg? Salomon in Karlsruhe	16
H.G.Koch: Wer gregorianisch singen darf	17
Martin Kleineidam: Gottesdienst – für die Menschen	18
H.G.Koch: Für nachhaltige Geldanlage	20
Gerhard Monninger: Wie gehts dem Klima? – Doha und Hof	22
Peter Schönlein: Kampfdrohnen, Krieg und Frieden	24
H.G.Koch: Drei gute Gründe für den Mindestlohn	25
Martin Kleineidam: Wie geht's den Stillen Tagen?	27
Uli Willmer: Wenn Vielfalt Gestalt annimmt – Karl Foitzik 75	28
Bücher im Gespräch: „Retten wir den Euro“ und „Luthers Wirtschaftsethik“	30
Mitgliederversammlung 2012	31
Leserbrief	32
AEE-intern: Neue Mitglieder!	33
Adressen und Regionalgruppen	35
Das Letzte: Gottesstaat Deutschland	36

Editorial

von *Ulrich Willmer*

Liebe Leserinnen und Leser,
„Rechts – in der Mitte? Die Angst der Mittelschicht und die Versuchung rechtsextremen Denkens“ so lautete das Thema der diesjährigen Jahrestagung des aee.

Rechtsextremistische Orientierungen, das belegen viele Studien seit den 80er Jahren, sind nicht am Rand, sondern in der Mitte der Gesellschaft zu finden. Sie gehen quer durch Milieus und soziale Schichten. Wer also durch die Aufdeckung der NSU-Morde und rechtsextreme Aufmärsche aufgeschreckt, die Auseinandersetzung auf die Debatte um die NPD einschränkt, greift zu kurz. In dieser Ausgabe finden Sie dazu die Vorträge bei der Jahrestagung 2012 in Zusammenfassung. Sie sollen Anregungen geben für die Arbeit vor Ort. Da, wo wir leben, da wo wir in das Gemeinwesen eingebunden sind, da wo unsere kirchliche Arbeit stattfindet, da gehört diese Diskussion hin.

Gut, dass sich an vielen Orten Netzwerke gegen den Rechtsextremismus gründen, dass Erfolge sichtbar werden und dass das Thema aus der Nische in die Mitte rückt. Freilich gilt es da immer wieder auch selbstkritisch zu fragen, wie wir uns einbringen, wo wir selber zu Ausgrenzung und Abgrenzung unsere Beiträge leisten. Dass die Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern bei ihrer letzten Tagung ein deutliches Zeichen gegen den Rechtsex-

tremismus gesetzt hat, das ist ein gutes Signal.

Im bÖtk sehen Sie, dass der aee sich in viele Debatten einbringt: die Diskussion um die stillen Tage, den Klimaschutz, die fairen Geldanlagen der Kirche oder die Auseinandersetzung um den 3. Weg. Karl Foitzik, ein Urgestein des aee, ist im Oktober 75 Jahre alt geworden. Viele haben von ihm Ermutigung für ihre Arbeit erfahren. Aus Anlass seines Geburtstages fand im November in der Jugendkirche LUX, getragen vom Baugerüst, dem Studienzentrum Josefstal und dem aee ein Gespräch statt. Auch dazu findet sich ein Beitrag.

Der aee braucht viele engagierte Mitstreiterinnen und Mitstreiter, damit Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung nicht nur kopfnickend viel zitiert werden, sondern tatkräftig gelebt werden.

In diesem Sinne grüßt im Namen des Leitenden Teams

Uli Willmer

Stellvertretender Sprecher des aee



Warum die Mitte nach rechts rückt Reaktionäres in der bürgerlichen Gesellschaft

Rechtsextremismus ist kein Randphänomen, sondern immer auch mitten in unserer Gesellschaft positioniert. So die Hauptthese der AEE-Jahrestagung 2012, und es war die Aufgabe des Erfurter Soziologen Ronald Lutz, im Eröffnungsreferat dies zu begründen und anschaulich zu machen.

Ronald Lutz, Soziologe an der FH Erfurt mit dem Schwerpunkt „Menschen in besonderen Lebenslagen“ kennt sich mit Klassen, Schichten, sozialen Milieus in unserer Gesellschaft aus.

Er entfaltete daraus eine entscheidende soziologische Erkenntnis: Die Mitte, so wie wir sie aus der Nachkriegs- und Vorwendezeit her noch kennen, die ehemals so breite Mittelschicht, die schon dabei war, die gesamte Gesellschaft zu prägen und zu vereinnahmen, so dass man seinerzeit von einer Mittelschichtgesellschaft sprechen konnte, diese Mitte ist nicht mehr: „In der zunehmenden Spaltung in arm und reich gerät die Mitte unter Druck und grenzt sich ab“, so Lutz, der eine Verschärfung und Verfestigung der sozialen Spaltung konstatierte: Reichtum konzentriert sich immer



mehr, Armut wächst, vor allem Familien, Kinder- und Altersarmut. „Es formt sich das Bild einer Mittelschicht, die immer mehr die Sorge hat, nichts mehr zu gewinnen, sondern nur noch zu verlieren.“

Das droht die Gesellschaft zu ändern, der gesellschaftliche Zusammenhalt ist bedroht. Ein fataler Effekt: Dass die Mitte der Gesellschaft aus ökonomischer und sozialer Sorge immer mehr sich abgrenzt und zugleich, wie Lutz es ausdrückt „verwundbar wird“, genau daraus erwachsen Ressentiments, Vorurteile

„aus denen heraus sich die Mitte stärker rassistischen und autoritären Ideen öffnet“.

"Rechts – in der Mitte?" Nicht von ungefähr kam der Referent an dieser Stelle auf die Debatte um Thilo Sarrazin zu sprechen. Die in dessen Buch „Deutschland schafft sich ab“ formulierten Gedanken lösten ja eine breite gesellschaftliche Kontroverse in den Medien, in Talkshows mit Sarrazin, an den Stammtischen aus. Damit aber wurden, so Lutz, die leitenden Thesen der Fremdenfeindlichkeit, der Abwertung anderer und der Islamophobie hoffähig gemacht. „Sarrazin hatte offensichtlich den Nerv der Mittelschichten getroffen und sprach das aus, was diese offenkundig denken.“

Lutz berief sich im weiteren Verlauf auf eine auf 10 Jahre angesetzte Studie und Langzeitumfrage des Pädagogen Wilhelm Heitmeyer über „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“. Fast schon seismographisch dokumentieren Heitmeyer und Co. die Ängste der Menschen, ihre Einstellung gegenüber schwachen Gruppen und der Demokratie. Zuletzt konnten sie zeigen, dass Teile des Bürgertums die Solidarität mit „denen da unten“ aufkündigen und einen „eisigen Jargon der Verachtung“ pflegen. Menschenfeindliche Einstellungen bzw. Verhaltensweisen zeigen sich den

Sozialforschern zufolge in folgenden eigens dafür definierten Kategorien: vor allem in Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie, aber auch zum Beispiel in Abwertung von Behinderten, Islamophobie, klassistischer Sexismus, Abwertung von Langzeitarbeitslosen.

Die Zahlen, die Lutz aus der Studie referierte, sind hoch und insofern „mittelschichtsrelevant“: So sind mehr als 50% der Befragten der Auffassung, dass zu viele Ausländer in Deutschland leben würden, woraus eine weit verbreitete Fremdenfeindlichkeit spricht. Hinsichtlich des Antisemitismus wurde von etwa 13 % der Befragten zu viel Einfluss von Juden in Deutschland konstatiert. Antisemitismus zeigt sich womöglich auch in der Kritik an Israel. 38% der Befragten stimmten der Aussage zu: „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.“ 13% der Befragten vertreten die durchaus rassistische Auffassung, dass die Weißen zu Recht führend in der Welt seien.

Lutzens Interpretation: Diese Haltungen können, wenn sie sich ausbreiten, eine heimtückische Macht entfalten, sie erzeugen eine Atmosphäre von Misstrauen, Hass und Abwertung, können dabei sogar in Brutalität und Gewalt umschlagen.

Im Kern und damit auch in der breiten Masse unserer Gesellschaft drückt sich

darin Missachtung des Anderen, des Fremden und des von der eigenen Lage Abweichenden hat. Das lasse sich auch als eine generalisierte Abwertung von schwachen Gruppen interpretieren. Dahinter wiederum liegt Lutz zufolge eine Ideologie der Ungleichwertigkeit, die sich aus einer Hierarchie der eigenen Überlegenheit und der Unterlegenheit anderer speist.

Der Soziologie-Professor hat dem eine ganz banale Grundhaltung entgegensetzen, die freilich erst einmal gelebt und in Politik umgesetzt sein will: „Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Rechte haben und gleich geschützt werden – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Status und allen anderen „Merkmalen“.

Zusammenfassung: Lutz Taubert

Martin Becher: Was tun gegen Rechtsradikalismus?

Strategien für kirchliches Engagement

Martin Becher, Politologe und Geschäftsführer des von der ELKB maßgeblich unterstützten „Bündnis für Toleranz Bayern“ stellt das Spektrum des Rechtsradikalismus dar:

Es handelt sich

1. um eine kleine Gruppe von in Bayern vielleicht 1200 Personen, die „von Beruf Neonazi“ sind, ein geschlossenes Weltbild haben und Gewalt nicht ausschließen.
2. um eine größere Gruppe von „politischen Sympathisanten“ in Parteien wie NPD oder DVU, Tarnlisten wie ProNRW, Die Freiheit, BI Ausländerstopp usw.

3. um ein Umfeld verwandter Einstellungen, die auch in vielen anderen politischen Gruppen oder auch ganz unpolitisch daherkommen, vgl. die Friedrich-Ebert-Studie oder „Deutsche Zustände“ von Wilhelm Heitmeier. Alle aber sind tendenziell antidemokratisch, autoritär, nichtegalitär mit rassistischen, sozialen, sexuellen Ausschlusskriterien. Studien sprechen von ca. 20% der Bevölkerung. Natürlich kommt das auch in der Kirche vor, deshalb heißt MB's erster Grundsatz: „Wir sind erst Teil der Lösung, wenn wir akzeptieren, dass wir auch Teil des Problems sind“. Die derzeitige Entwicklung ist für ihn gekennzeichnet durch

- „Downsizing“: Übergang von Konfrontations- zu Unterwanderungs- und Anpassungsstrategien
- Aufnahme aktueller gesellschaftlicher Probleme wie Demografie, soziale Spaltung, Demokratiekrise und Umdeutung im rechtsradikalen Sinne
- Werbung um junge Frauen und Eindringen in Sozialszene

Gegenstrategien sind:

- keine Namen, keine Chance zur Aufmerksamkeit und Anerkennung,
- keine Symbole, keine Resonanz in der Öffentlichkeit,
- Taten bekämpfen, nicht Menschen – Chancen zum Ausstieg offen halten,
- nichts unwidersprochen stehen lassen.

Letztlich geht es aber vor allem um ein aktives Angehen gegen die gesellschaftlichen Mißstände, die die Rechten aufgreifen.

- Becher nennt die Krise der repräsentativen Demokratie,
- die Verteilungskrise in der Ökonomie,
- die Identitätskrisen in der Lebenswelt.

Es geht also insgesamt um den gesellschaftlichen Zusammenhalt, der gestärkt und verteidigt werden muss.

- Der evangelischen Kirche kommt dabei eine Schlüsselrolle zu:
Sie kann mit allen reden, die sonst



nicht miteinander reden würden (Innenminister versus Autonome).

- Sie ist flächendeckend präsent und kann auf allen Ebenen handeln

Aus der Diskussion:

Schon den ersten Schließungstendenzen muss gewehrt werden, sonst droht „Institutioneller Rassismus“.

Deswegen ist „Diversität“ so wichtig.

Im Grunde müssen die Gegenstrategien in der Kinderkrippe beginnen.

Zusammenfassung:

M. Kleineidam, H.G. Koch

Mehr zur Tagung, u.a. das Referat von Prof. Ronald Lutz im Wortlaut auf

www.aee-online.de

„Biblische Kraftquellen“ in der Auseinandersetzung mit menschenverachtendem Rechtsradikalismus

Bibelarbeit von Regionalbischof Prof.Dr. Ark Nitsche

Die hebräische Bibel spiegelt beides: einerseits Kampf um die eigene Identität und Abwehr gegen Fremdes, andererseits Inklusivität und Heil für alle Völker. Letzteres setzt sich am Ende durch und wird zur Kraftquelle gegen Rechtsradikalismus

Israel hat eine durchaus zwiespältige Geschichte: Einerseits leitet sich das Volk von einer Gruppe von Wirtschaftsflüchtlingen her, die sich selbst als „mduraj“ – heimat- und obdachlos bezeichnen.

Andererseits finden sich durchaus Spuren von Menschenfeindlichkeit, z.B. gegenüber dem Nachbarvolk Edom. Nach der Rückkehr aus dem Exil findet sich Exklusivität „Lasst uns eine Mauer bauen...“ und Inklusivität „Heil für alle Völker“.

Nitsche korreliert die biblischen Zeugnisse immer wieder mit der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Vom Rand in die Mitte“, wo aufgezeigt wird, wie fehlendes Selbstwertgefühl und



soziale Deprivation immer wieder zu politischem Extremismus führen. Auch die antijüdische Polemik im Johannesevangelium ist aus der Erfahrung der ersten Christen als verfolgte Minderheit gegenüber einem übermächtigen Judentum zu erklären. Vieles in der christlichen Botschaft kann man sowohl inklusiv als auch exklusiv verstehen, z.B. die Taufe. Im Ganzen gesehen ist die Bibel aber voll von Botschaften gegen Verwundbarkeit, für Inklusivität und für

das, was die FES „Resilienz“ nennt – Widerstandskraft gegen menschenfeindliche Tendenzen, Toleranz aus dem Bewusstsein des eigenen Wertes. So stellt schon die Schöpfungsgeschichte der Bibel die Menschheitsgeschichte vor die Volksgeschichte Israels. Die Propheten drohen zwar den Nachbarvölkern, aber im selben Atemzug auch Israel. Schutzrechte für die Menschen am Rand bewahren sie vor dem Ausschluss. Immer wieder wird auch die Perspektive der anderen eingenommen. Jesus holt die „Wertlosen“ in seinen

Heilungs- und Wundergeschichten immer wieder herein. Im Grunde geht es immer um „Rechtfertigung“ – Menschen werden gerecht gesprochen und damit gerecht gemacht durch ein wirkmächtiges Wort. Weil ihnen Gemeinschaftsfähigkeit zugetraut wird, sind sie dazu auch in der Lage, entwickeln „Resilienz“ und Sozialkompetenz, werden widerstandsfähig gegen Verwundbarkeit und daraus folgende Menschenfeindlichkeit.
Zusammenfassung: H.G. Koch

Transformation gegen die Katastrophe „Kairos Europa“: Veränderung ist zukunftsweisend *Von Hans-Gerhard Koch*

Vom 19. – 21. Oktober traf sich in Mannheim das Netzwerk „Kairos Europa“ zum Thema „Die Große Transformaton“. Der AEE ist Mitglied dieses Netzwerks und setzt sich wie Kairos Europa für entscheidende Veränderungen im Blick auf eine zukunftsfähige Gesellschaft ein.

Erstens: an Veränderungen führt kein Weg vorbei. Unsere Gesellschaft befindet sich auf Katastrophenkurs, z.B. ökologisch, z.B. auf den

Finanzmärkten, z.B. in Bezug auf die Eurokrise. Das wurde von Christian Felber im Blick auf Europa und Harald Bender von der Akademie Solidarische Ökonomie aus ökonomischer Perspektive sehr eindrucksvoll dargestellt.

Zweitens: was kann uns helfen? Unsere Wirtschaft muss eine „Gemeinwohlökonomie“ werden. Das Ziel der Profitmaximierung führt uns in die Katastrophen, die Wirtschaft muss umgebaut werden nach wertgebundenen Zielen: Leben und Existenz für

alle, Kooperation statt Konkurrenz, Nachhaltigkeit statt Plünderung. Wir haben eine „multiple Krise“: Klima, Verteilung, Finanzmärkte, Demokratie – alles kann nicht so weiter gehen. Auch die Lösungen müssen die Dinge zusammen sehen, und die Bündnisse müssen breit genug sein. Der „Transformationskongress“ 2012 wurde von Kirchen, Gewerkschaften und Umweltverbänden gemeinsam getragen. Transformation ist überlebensnotwendig – intelligentes Umsteuern, bevor uns Katastrophen dazu zwingen. Es ist auch machbar und sogar bilanzierbar. Die „Gemeinwohlbilanz“ betrachtet ein Unternehmen danach, wie es die obigen Ziele verwirklicht. Schon über 800 Unternehmen haben sie erstellt, die Gründung einer „Demokratischen Bank“ steht bevor. Es handelt sich dabei selbstverständlich um Marktwirtschaft – nur die Rahmenbedingungen müssen anders gesetzt werden. Ein Instrument könnten z.B. nach der Gemeinwoltauglichkeit gestaffelte Mehrwertsteuersätze und Zinsen sein. Dann würde sich Moral wirklich rechnen.

Drittens: die Transformation ist längst im Gange.

In vielen Regionen Deutschlands gibt es eine Fülle von kleinen Gruppen, Unternehmen und Initiativen, die nachhaltig und wertgebunden wirtschaften.

Sie haben auch oft schon die zweite Stufe der regionalen Vernetzung erreicht.

„Masterpläne“ für Energie, Nahrung,

Kleidung, Mobilität, Wohnen usw. schaffen einen Rahmen für die Initiativen. Lokale Banken, Tauschringe, Genossenschaften realisieren Projekte. Nur auf der Makroebene wird noch anders gewirtschaftet.

Viertens: Wo stehen wir als Kirche?

Wir wären eigentlich dafür prädestiniert, bei der Transformation ganz vorn zu stehen. Das, was Jesus als „Reich Gottes“ predigt, könnte das Grundbild des Wandels sein (Fulbert Steffensky). Es ist eine Lebensform, keine bloße Befindlichkeit:

Aufmerksamkeit für die Beladenen, Bestreitung der Mechanismen, die sie unterdrücken, Ansage von Zukunft, kritischer Blick auf Privilegien und Privilegierte. Viele Gruppen in der Kirche sind schon längst in dieser Richtung unterwegs, nur die Großkirchen tun sich schwer.

Prophetisches Amt und deutlicheres

Zeugnis sind nicht ihre Sache. Aber sie können die Plattform und der Rahmen sein für die, die im Blick



auf Zukunft vorangehen.

Mehr in Christian Felber „Gemeinwohlökonomie“ und „Retten wir Europa“, im Web unter www.gemeinwohlökonomie.de und www.kairoseuropa.de, dort auch die Referate in voller Länge.

Reformation – von oben?

Der EKD-Chefdenker als Gast des Bonhoeffer-Vereins

Von Martin Kleineidam

Hat das so genannte Reformpapier „Kirche der Freiheit“, das die EKD 2004 in die Welt setzte, ein grundsätzliches Umdenken im Protestantismus bewirkt? Gar einer seinerzeit um sich greifenden „Verwohnzimmerung“ des kirchlichen Milieus entgegensteuert? Mit diesen Thesen stieß der EKD-Chefdenker Thies Gundlach vor Mitgliedern des Bonhoeffervereins allerdings auf heftige Kritik.

Die Tagung hieß „Freiheit, Verantwortung, Zivilcourage“, der Vortrag „Bonhoeffers Gemeindekirche und die Kirche der Freiheit“ mit dem Untertitel „Perspektiven für die Evangelische Kirche im 21. Jahrhundert“. Auf Einladung des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins blickte der theologische Chefdenker des Impulspapiers „Kirche der Freiheit“ in Halle auf die Kirche vor 2004 zurück. Es war nach Wahrnehmung Gundlachs eine Zeit der „Verwohnzimmerung“ der EKD, die in einer dreifachen babylonischen Gefangenschaft saß: Erstens lebte Kirche auf Pump, wirkte auf andere als erschöpft und gehetzt. Zweitens litt sie an

Milieuverengung. Drittens war in vielen kirchlichen Äußerungen ein Theologiedefizit festzustellen, was einen Verlust an gesellschaftlicher Glaubwürdigkeit zur Folge hatte.

Das Impulspapier „Kirche der Freiheit“, das daraufhin entstand, installierte Leuchtfener – richtungsgebende Feuer, keine Leuchttürme.

Das Dokument musste viel Kritik einstecken: „Kirche der Freiheit“ fragte an, wie viele Landeskirchen wirklich nötig seien. Diese Anfrage wurde kritisiert. „Inzwischen hat es zwei Fusionen gegeben“, hielt der gebürtige Lübecker der Kritik entgegen. Nicht Kantoren oder Diakone, sondern Pastorinnen und Pastoren beanstandeten, dass der Pfarrberuf als Schlüsselberuf hervorgehoben wurde. Kirche müsse aber einer Gesellschaft geistliche Heimat bieten, die nach Seelsorge lechze. Daher müsse nicht eine prophetische, sondern eine priesterliche Kirche eingerichtet werden, die Seelsorgerinnen und Seelsorger vorne anstelle. Kritisiert wurde auch, dass mit dem Dokument ein Top-Down-Prozess in Gang gesetzt wird. Der 56jährige Vizepräsident des Kirchenamtes der

EKD stellte die Frage, warum Reformation immer nur von unten kommen solle? Ginge das auch anders herum? Eine Fusion zweier Gemeinden würde beispielsweise wohl nie von unten aus gehen.

Die legitimierte Kirchenleitung hingegen müsse ihre Funktion der Leitung wahrnehmen und in Zukunft vier Zentren einrichten:

1. Wittenberg als Zentrum für Predigtkultur,
2. ein Zentrum in Hildesheim für Qualität kirchlicher Arbeit,
3. drei Zentren für „Mission in der Region“ in Dortmund, Stuttgart und Greifswald
4. sowie ein Zentrum für Führung und Leitung in Berlin

Kirchenleitung habe aber auch aus der Kritik gelernt:

1. Seelsorge ist die Muttersprache unserer Kirche,
2. ausgedünntes Land soll seelsorgerliche behandelt werden,
3. die Ökumene war im Papier unterbelichtet. Daher solle nun von der „Kirche der Gaben“ geredet werden.

Kirche bräuchte einen Wettbewerb beim Spiel der Aufmerksamkeit unter den spirituellen Anbietern; einen Wettbewerb, um das Evangelium in alle Welt zu bringen. Es sei die mittlere Ebene – also Probst, Dekan oder Superintendent –, die diese Veränder-

ungen effektiv durchführen könnten. Die EKD böte im Mai 2014 in Barmen ein Zukunftsforum für die mittlere Ebene an, weil das Ruhrgebiet eine Region sei, die eine Transformation von einer Arbeitergesellschaft zu einer Kommunikationsgemeinschaft vollzogen habe. Das sei der Lernort der EKD. Kirche hat einen Reformbedarf, denn die Kirchenmitglieder werden älter, weniger und ärmer. Eine „Kirche der Freiheit“ müsse sich daher den Menschen verschiedener Schichten öffnen.

Kommentar von Martin Kleineidam:

Die Reaktionen auf den Vortrag des Vizepräsidenten der EKD bei der Tagung des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins in Halle waren heftig. Dass der Hauptabteilungsleiter für kirchliche Handlungsfelder und Bildung, Thies Gundlach, das Auditorium derart gegen sich aufbringen würde, konnte vorab niemand wissen. Die Lage spitzte sich am darauf folgenden Tag noch zu, als vier Vertreter einer Leuchtfusionsgemeinde spontan bei der Tagung auftauchten. Ihnen wurde eine eigene AG gewährt, damit ihr Leid ein Forum fände.

Das Problem, das viele Reformer hierzulande schon lange gespürt haben, ist nun offen auf dem Tisch. Die Kirchenleitung kritisiert das Theologiedefizit der Kirche, misstraut den als reformunmündig gedachten Gemeinden, stellt das prophetische Amt gezielt hinten an und damit auch all

jene Reformgruppen, die im Geiste Bonhoeffers, in lebendiger Verantwortung vor Gott und in der Gemeinschaft von Haupt- und Ehrenamtlichen die Kirche Jesu Christi gestalten und Einfluss auf die Gesellschaft nehmen wollen. Gundlach knüpfte mit seiner Rede von der dreifachen babylonischen Gefangenschaft der Evangelischen Kirche an Luther an und will 2014 gezielt in Barmen tagen. Mit diesen Ansätzen beansprucht er einen Platz im Festsaal der Reformation, obwohl doch dort das prophetische Amt eine mindestens gleichrangige Stellung neben Lobgesang und Seelsorge hatte. Kein Wunder also, dass dieser Vortrag im Geist des dominant gehaltenen priesterlichen und königlichen Amtes

ganz besonders zynisch auf die knapp fünfzig Vertreterinnen und Vertreter deutscher Reformgruppen wirken musste. Wer als Spiritus Rektor der „Kirche der Freiheit“ eine Theologievergessenheit der Kirche kritisierte, muss sich angesichts dieser heftigen Reaktionen fragen lassen, ob er nicht selbst unter Theologiedefiziten und Amputationen der Ethik leidet, wenn er nun eine „Kirche der Gaben“ mit Zentralismen und durch die mittlere Ebene managen will. „Top-Down-Prozesse“, „Wettbewerb“ oder „Kommunikationsgemeinschaften“ sind jedenfalls Vokabeln aus Wirtschaft und Gesellschaft. Die Muttersprache von Theologie und Kirche hört sich anders an.

Luther? Hält für (fast) alles her

Kritisches zum Reformations-Jubiläum

Von Lutz Taubert

Luther fordert seit einem halben Jahrtausend heraus, ihn und seine Sache zu bestimmten Gedenktagen irgendwie einzuordnen, zu würdigen, zu feiern. Das führte und führt zu den merkwürdigsten Interpretationen. Der so bekanntlich nie stattgefundenen Anschlag der 95 Thesen an der Schlosskirche zu Wittenberg am 31.

Oktober 1517 galt schon beim ersten Jahrhundertjubiläum – 1617 – als das Datum der Geburt des Luthertums und der konfessionellen Selbstvergewisserung gegen Rom. 1717 wurde Luther als Pietist gefeiert, 1817 für den Kampf gegen die Franzosen herangezogen, 1917, im vorletzten Kriegsjahr, als Landsknecht Gottes

besungen. Besonders kurios zwei Jahrhundertgeburtstage des 1483 geborenen Luthers: 1883 machte man den Reformator zum Gründungsvater des Deutschen Reichs, 1983 entdeckte die SED in ihm einen frühen Sozialisten.

Man sieht: Der Mann taugt für ziemlich alles. Für was aber steht er 2017? Zehn Jahre wird man dann dessen gedacht und seinetwegen gefeiert haben, denn die Evangelische Kirche in Deutschland hat – bei einem Halbttausendjubiläum wäre ein herkömmliches Gedenken einfach zu billig! – eine Luther-Dekade ausgerufen (deren Halbzeit wir in diesen Wochen feiern könnten). Das allerdings zieht sich: Bildung, Musik, Freiheit und Bekenntnis sind da einige von zehn Stichwörtern, an denen sich die Jubilare im Jahrestakt und in Themenjahren abarbeiten. In diesem Jahr 2013 steht übrigens die Toleranz auf der Luther-Agenda.

Irgendwie klingt das nach Wittenberger Allerlei. Das ist's, was auch der Berliner Historiker Heinz Schilling, der eben eine umfassende Luther-Biographie vorgelegt hat, den Jubiläums-Machern vorwirft: Er sehe „noch kein Profil für das Ganze“, nur additive Themenjahre. Schilling selbst plädiert übrigens für eine radikale Wendung hin „zum historischen Luther in der uns fremden Welt des 16. Jahrhunderts“.

Die EKD-Synode hat nun auf ihre eigene Art Position bezogen: Wie die

Reformatoren in der Buße den Weg zur Befreiung sahen, so soll auch die EKD in einer Bußschrift sich zu Verfehlungen der Reformation bekennen: also Buße wegen Luther, der Juden, Türken und Papisten hasste. Der Jahrestag des Thesenanschlags soll nach dem Willen der Synodalen feierlich begangen werden, aber ohne Triumphalismus. Das ging dann einem der Synodalen doch zu weit: „Ich denke nicht daran, mich für Luther auch noch zu entschuldigen“.

Mit anderen Worten: Es stehen uns noch fünf interessante Jahre bevor, in denen Luther für den einen oder anderen Zweck eingespannt werden könnte.



Knapp 20 Prozent – schön gerechnet

KV-Wahl: „Vereinfachte Briefwahl“ war ein ziemlicher Flop

Von Lutz Taubert

Kirchenvorstandswahlen? Ein fröhliches Lied lässt sich darüber singen, jedenfalls in offizieller Lesart. Alle sechs Jahre finden KV-Wahlen statt, zunehmend in der Weise, dass damit aufwändige Kampagnen einhergehen, die das Kirchenvolk quasi aufrütteln sollen, sein Ja zum basisdemokratischen Prinzip des Protestantismus abzugeben.

In diesem Sinne können wir – nach dem Tenor der Pressemitteilung des Landeskirchenamts – den Vollzug der jüngsten Wahl im Oktober 2012 durchaus als Erfolg verbuchen. Denn die Wahlbeteiligung war mit knapp 20 Prozent ein wenig gestiegen gegenüber der vorherigen Wahl. Wenn diese Quote das Maß für das Engagement für unsere Kirche ist, wenn man darin sogar, wie der Bischof es sieht, das „Priestertum aller Glaubenden“ zum Ausdruck kommt, dann kann man sich also – relativ gesehen – freuen.

Ein bisschen genauer hinschauen darf man gleichwohl. Diesmal erstmals war eine „vereinfachten Briefwahl“ möglich. Dies hieß: Die etwa 500 Kirchengemeinden, die sich dafür

entschieden – ein Drittel aller Gemeinden – haben allen ihren Gemeindemitgliedern von vornherein, sozusagen ohne Antragstellung, Briefwahlunterlagen zugeschickt. In diesen Gemeinden sei, so die Pressemitteilung des LKA, die Wahlbeteiligung „zum Teil dramatisch angestiegen“. Dürfen wir daraus schließen, dass dort auch das Engagement der Mitglieder höher ist als anderswo?

Nun aber kommt's: Übermäßig viele der „vereinfachten Briefwähler“ wählten falsch, nichtig. Jeder fünfte Stimmzettel war ungültig, weil die Briefwähler schlicht vergessen oder übersehen oder auch nicht verstanden hatten, dass man seinem Wahlbrief auch seinen Wahlausweis beilegen musste. Kurios: Diese Falschwähler zählen also nicht, trotzdem tragen sie zur höheren Wahlbeteiligung bei. Tragisch: Es ist anzunehmen, dass den meisten Falschwählern die Ungültigkeit ihrer Stimmabgabe gar nicht bewusst ist. Das Kampagnenmotto der KV-Wahl bekam hier einen doppeldeutigen Sinn: „Ich glaub. Ich wähl.“?

Ich glaubte, den Herrn Meier und die Frau Schmidt gewählt zu haben, tatsächlich habe ich in aller Ahnungslosigkeit keinen gewählt.

Es ist sowieso, wenn wir das ganze Unterfangen KV-Wahlen nicht als Maßstab für Engagement, sondern – demokratiethoretisch – als Maßstab der Teilhabe nehmen, kein gutes Ergebnis. Demokratiethorie: Je nachdem, ob mehr oder weniger Leute zur Wahl gehen, desto höher oder

geringer die demokratische Legitimation. Weniger als 50 Prozent gilt als so eine Marke, unterhalb der diese Legitimation dramatisch sinkt. Und wir sind bei nicht mal 20 Prozent. Es ist zwar bitter, aber realistisch festzustellen, dass der überwiegenden Mehrheit der Protestanten die KV-Wahl ziemlich gleichgültig ist. Da muss, anstatt das Ergebnis schön zu reden und hoch zu rechnen, alle Analyse beginnen.

Dritter Weg – vierter Weg?

Ein salomonisches Urteil zum kirchlichen Arbeitsrecht

Von Hans-Gerhard Koch

König Salomo schlichtete einst den Streit zwischen zwei Frauen um ein Kind auf die sprichwörtliche Weise: er schlug ihnen vor, das Kind mit dem Schwert in zwei Hälften zu teilen. Die wirkliche Mutter war dann sofort zu erkennen: sie verzichtete lieber auf das Kind, als es umzubringen.

Ingrid Schmidt, die vorsitzende Richterin am Bundesarbeitsgericht (BAG) in Erfurt hat nun ein ähnlich „salomonisches“ Urteil im Streit zwischen Diakonie und Gewerkschaft ver.di um das Streikrecht und den Dritten Weg der Kirchen im Arbeitsrecht gefällt.

Einerseits gab sie der Gewerkschaft recht: grundsätzlich kann Beschäftigten in Kirche und Diakonie das Streikrecht nicht genommen werden. Damit ist der Gewerkschaft der Weg zum Bundesverfassungsgericht versperrt. Andererseits gab das BAG der Kirche recht: ja, sie kann einen eigenen Weg im Arbeitsrecht gehen. Aber: dessen Ergebnisse müssen für alle kirchlichen und diakonischen Träger verbindlich sein. Das sind sie weder in Bayern (2 verschiedene Tarifsysteme in Kirche und Diakonie) noch gar auf Bundesebene (mehr als

20 unterschiedliche Tarife je nach Landeskirche, Verband oder Träger. Und: die Gewerkschaft muss beteiligt werden und Zugang zu allen Betrieben haben (ist derzeit wegen diverser Klauseln im Arbeitsrechtsregelungsgesetz nur teilweise gegeben).

Ergebnis: die beiden Kontrahenten müssen miteinander reden, um vielleicht einen gemeinsamen „vierten

Weg“ zu finden, der am Ende vielleicht sogar einen allgemein verbindlichen Sozialtarif ermöglicht, der auch die private Konkurrenz binden würde. Man darf gespannt sein. Und Frau Schmidt zu diesem wahrhaft salomonischen Urteil gratulieren. Hoffentlich auch irgendwann einmal den Verhandlungsführern von ver.di, Kirche und Diakonie.

Wer gregorianisch singen darf

AEE-Anmerkungen zum Synoden-Thema „Gottesdienst“

Von Hans-Gerhard Koch

In den „Sieben Wegweisern“, der Programmschrift des AEE aus den 80er und 90er Jahren, wird Dietrich Bonhoeffer zitiert: „Nur, wer für die Juden schreit, darf gregorianisch singen“. Der AEE meint, das ist immer noch so, nur dass die „Juden“ jetzt andere sind: die bedrohte Schöpfung, die Armen dieser Welt, die Ausgegrenzten an den Grenzen Europas.

Im Gemeinsamen Wort der Kirchen „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ von 1997 wird dieser Faden wieder aufgenommen: (46) *Es gibt innerhalb der Kirchen ... nicht wenige Gemeinden und Christen, die in besorgniserregender Weise selbstbezogen sind und den Vorgängen*

in der Gesellschaft zu wenig Aufmerksamkeit schenken. Dass das Eintreten für Solidarität und Gerechtigkeit unabdingbar zur Bezeugung des Evangeliums gehört und im Gottesdienst nicht nur der Choral, sondern auch der Schrei der Armen seinen Platz haben muss, dass „Mystik“, also Gottesbegegnung, und „Politik“, also der Dienst an der Gesellschaft, für Christen nicht zu trennen sind ... (101) Deshalb dürfen Glauben und Leben, Verkündigung und Praxis der Kirche sowohl im eigenen Verhalten der Kirche wie in ihrer Botschaft nicht auseinanderreten. Die Christen können nicht das Brot am Tisch des Herrn teilen, ohne auch das tägliche Brot zu teilen. Ein weltloses Heil könnte nur eine

heillose Welt zur Folge haben.

Der AEE meint schon immer: Spiritualität und Alltag gehören für Evangelische zusammen. Ein sozialer und politischer Aktionismus, der die Verbindung zu den biblischen Traditionen und Kraftquellen verloren hat, wird nicht weit kommen. Aber ein Gottesdienst, der die sozialen und

politischen Probleme vor der Kirchentür lässt, erst recht. Wie sagte schon der Prophet Amos (Kap. 5,23f.):

„Tut weg von mir das Geplärr eurer Lieder – ich mag eure Brandopfer nicht riechen. Dass aber bei euch das Recht ströme wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach!“

Gottesdienst – für die Menschen!

Prinzip „Beteiligungskirche“ in Verkündigung und Liturgie

Von Martin Kleineidam

Anfragen an die gängige Gottesdienstpraxis vor dem Hintergrund der „Zehn Quellen“ des AEE.

Wir nehmen wahr, dass Gesellschaft zwar gerne aus dem Hamsterrad der Ökonomisierung aussteigen wollte, es aber kaum vermag. Kirche muss daher wieder verstärkt auf die Menschen zu gehen und sie mit in die Welt der Gottesdienste hineinnehmen.

Weithin sind unsere Gottesdienste wieder vom Pfarrer oder der Pfarrerin allein verantwortet und ausgestaltet. Selbst die Kommunikation mit Mesner und Kantorin beschränkt sich auf das Nötigste. Im Sinne einer echten

Beteiligungskirche gerade derer, die sich nach Gerechtigkeit sehnen, gilt es wieder weltliche und kirchliche Gruppen und Organisationen (Kindergärten, Jugendeinrichtungen, Initiativen wie die Tafeln, Kokon oder des Umweltbeauftragten vor Ort...) an



der Entwicklung, Vorbereitung und Durchführung sowie Nacharbeit von Gottesdiensten zu beteiligen. Das kann auch zur Folge haben, dass Gottesdienste auch an anderen Orten als in Kirchen stattfinden. Das, was in Schulen, Krankenhäuser, Kirche im Urlaub oder im Grünen gut gelingt, sollte auch an anderer Stelle in Breite möglich sein: „Kirche bei der Arbeit“ oder „in der Politik“ oder bei Demos. In Gotteshäusern muss Kirche den Menschen ein gewisses Maß an Modernität bieten, um Menschen dort abzuholen, wo sie täglich zu finden sind. Ein Beispiel wäre die Bereitstellung von iPads. Es wäre gut, mit diesem Medium im Umfang von wenigsten vier Bank- oder Stuhlreihen elektronische Gesangbücher sowie eine elektronische Bibel (zum Mitlesen des Predigttextes) zur Verfügung zu stellen, dazu braucht es keine Internetverbindung sondern lediglich ein entsprechend installiertes Programm. Gerade für junge Menschen hat Elektronik Anziehungskraft. Ein paar ehrenamtliche Systembetreuer sollten sich für Installation und Betreuung vor Ort finden lassen. Kirche würde auch mit dazu beitragen, den digitalen Graben überwinden zu helfen, der die Gesellschaft in Insider und Outsider neuer Medien teilt.

Im Angesicht der gehetzten Menschen unserer Zeit und mit Blick auf Gottesdienst und Predigt müssten die Inhalte konzentriert werden, um Ruhe

zu atmen und Einkehr zu ermöglichen. D. h. auch eine Reduktion von Problemen, die innerhalb eines Gottesdienstes Bearbeitung finden sollen, muss stattfinden. Nicht nur in der Predigt kann diese Konzentration erfolgen. Sie sollte bereits in der Begrüßung oder im Sündenbekenntnis eingeholt werden.

Neben der Menge des gesprochenen und gesungenen Wortes müsste auch das Tempo reduziert werden, um das Besondere vom sich schnell überschlagenden Nachrichtenmodus des Alltags abzuheben.

Die Abkündigungen führen ein Schattendasein. Für offizielle Meldungen bräuchten die Gottesdienste nicht nur Texte im Amtsblattstil sondern Bildmaterial, Installationen, virtuell abrufbare und visualisierbare Abkündigungsmedien, z. B. ein kurzes Video über die diesjährige Aktion Brot für die Welt. Am besten wäre es, wenn Mitarbeiter der betroffenen Einrichtungen selbst die Abkündigungen gestalten würden. Liebe und Beziehung zu den Spendenempfängern sollte im Gottesdienst spür- und erlebbar werden, damit deutlich wird, dass Gemeinde Kirche für die Welt ist.

Es fehlt den Menschen unserer Tage die Erfahrung der Ruhe, ja die Fähigkeit, Momente der Stille überhaupt auszuhalten. Menschen, die Ihr Dasein

durch ständige Leistungsbereitschaft rechtfertigen müssen, sollten gerade in einem evangelischen Gottesdienst die Erfahrung vermittelt bekommen, sich hier nicht auch noch für ihr Dasein rechtfertigen zu müssen. Zeiten und Gebete der bewussten gottesdienstlichen Stille sollten ihren geplanten Ort bekommen.

Die biblischen Kraftquellen und Wegweiser gilt es in der Predigt als

Ermutigung für den Alltag auszulegen. Beim Predigtamt gilt es, gegenüber der priesterlich-seelsorgerlichen Dimension, die zu Herzen gehen soll, und der königlichen, die Gott loben will, in gleicher Weise an der prophetischen Dimension festzuhalten. Es muss im Konfliktfall hörbar werden, dass der Predigende Gott, als dem Anwalt der Bedrängten, mehr verpflichtet ist als den einflussreichen und mächtigen Personen vor Ort.

Für nachhaltige Geldanlagen

Zum Personalwechsel im Finanzreferat der Landeskirche

Von Hans-Gerhard Koch

Nun ist er in den Ruhestand gegangen, der Finanzchef der ELKB Dr. Claus Meier. In der Synode wird man seine Haushaltsberichte vermissen, die immer über die reinen Zahlen hinausgingen, manchmal in epischer Breite. Für einen gelernten Katholiken und Banker bemerkenswert! Aber manche haben ja schon immer gesagt, es käme in der Kirche mehr auf die Theologie der Juristen an als auf die der Theologen ... Stolz ist Claus Meier darauf, dass die Landeskirche „schuldenfrei“ ist, nachdem sie zu Beginn seiner Amtszeit einen dreistelligen Millionenbetrag aufgenommen hatte, um ihre Haushalte auszugleichen.

In den letzten Jahren spielte in seinen Haushaltsberichten aber das Thema „Nachhaltigkeit“ eine große Rolle. Es begann damit, dass er auf dem Höhepunkt der neoliberalen Welle den Vorstoß des Pfarrerrinnen- und Pfarrervereins, die Altersversorgung rein über den Kapitalmarkt abzusichern, abwehrte. Er meinte damals und behielt recht damit, dass die Solidargemeinschaft der Rentenversicherten ein besseres Standbein sei. Einige Jahre später, nachdem die „dotcom-Blase“ die Aktienmärkte durcheinander gewirbelt hatte, mutierte Claus Meier zum Befürworter sozial und ökologisch nachhaltiger

Geldanlagen. Er stellte den Versorgungsfonds – immerhin etwa eine Milliarde Euro schwer – auf Anlagen um, die, wenigstens vergleichsweise, umweltfreundlich, friedens- und sozialverträglich sind. Ein eigens gegründeter Fonds namens INIK sollte das ermöglichen.

Schließlich hat sich Claus Meier zum Ende seiner Amtszeit für einen gelernten Banker ungewöhnlich weit aus dem Fenster gelehnt. Er hat die Unterschriftensammlung für eine Finanztransaktionssteuer engagiert unterstützt und die Unterschriften höchstpersönlich dem Bundespräsidenten überreicht.

Auch wenn im Einzelfall nicht alles nur Gold ist, was da glänzt: insgesamt hat sich viel bewegt, und immer mal auch in eine Richtung, die der AEE nur begrüßen kann.

Umso mehr werden wir darauf achten, dass die Entwicklung nun nicht wieder zurück führt. So klang es bei der Verabschiedung von Claus Meier an, dass man möglicherweise künftig allein mit nachhaltigen Anlagen die nötigen Renditen für den Versorgungsfonds nicht mehr erwirtschaften könne und

deshalb zu einer „gemischten“ Anlagestrategie zurückkehren müsse. Wir meinen: man kann nicht nur Rendite verlieren, sondern auch Glaubwürdigkeit. Wenn Menschen ihrer Kirche ihre Kirchensteuern und Spenden anvertrauen, dürfen sie erwarten, dass mit diesem Geld fair und nachhaltig gewirtschaftet wird. Deshalb gehört ein entsprechender Grundsatz endlich in der kirchlichen Haushaltsordnung verankert, und die Renditen sind dann eben die, die sie sind. Nein, es gibt keinen Weg zurück!



Wie geht es dem Klima?

Eindrücke aus Doha und Hof

Von Gerhard Monninger

Unverbindliche Absichtserklärungen, faule Kompromisse, nationale Egoismen – die UN-Klimadiplomatie hat auf der jüngsten Klimakonferenz in Doha erneut kaum etwas zuwege gebracht, was dem drohenden Klimawandel Einhalt gebieten könnte. Nach Kopenhagen 2009, Cancún 2010 und Durban 2011 hat auch diese Konferenz die Unfähigkeit der internationalen Staatengemeinschaft gezeigt, zu verbindlichen Regeln und Fristen zu kommen. 17.000 Delegierte hatten sich in der Hauptstadt Katars am Persischen Golf getroffen – aber die großen Figuren der Weltpolitik blieben lieber fern. Sie wollten mit dem Scheitern nicht in Verbindung gebracht werden.

Am sog. Zwei-Grad-Ziel halten im Prinzip alle teilnehmenden Staaten fest, aber das ist auch schon alles. Aber anstatt zu sinken, zeigt die Entwicklung der weltweiten Treibhausgas-Emissionen nach wie vor einen deutlichen Anstieg.

Immerhin: Das Kyoto-Protokoll, das 2012 ausgelaufen wäre, wurde bis 2020 verlängert. Eine große Wirkung hat das nicht. Global gesehen sind die Auswirkungen des Kyoto-Protokolls

begrenzt: Die Unterzeichnerstaaten sind nur für knapp 15 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich. Russland, Kanada, Japan und Neuseeland sind an der zweiten Verpflichtungsperiode nicht mehr beteiligt, die bedeutendsten CO₂-Emittenten China und USA haben das



Abkommen nie unterzeichnet. Die Entscheidung über finanzielle Hilfen für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern wurde auf das kommende Jahr vertagt. Ab 2020 sollen dafür jährlich 100 Milliarden zur Verfügung zu stellen – die Finanzierung ist jedoch weitgehend ungeklärt.

Laut SPIEGEL online mehren sich die Stimmen von Experten, die eine Abschaffung der Mega-Tagungen verlangen. Die UN-Klimadiplomatie habe im Kampf gegen die Erderwärmung versagt. Und sie fordern einen Tabubruch: Die Welt müsse den Anstieg der Temperaturen hinnehmen – und konkret vor Ort gegen die Folgen kämpfen. Doch das hieße zweierlei: Die westlichen Industrienationen würde sich aus ihrer Verantwortung stehlen: Sie sind ja in erster Linie die Verursacher des Klimawandels. Mit ihren überlegenen Mitteln an Geld und Knowhow können sie die Folgen für sich selber ganz gut in den Griff kriegen. Aber der Rest der Welt stünde den Problemen hilflos gegenüber. Gleichzeitig schlage damit die Stunde des Geo-Engineering: Schwefelwolken in der Luft könnten Wärmestrahlung blockieren, Eisenpartikel im Ozean CO₂ binden, Treibhausgase könnten in die Tiefe alter Gaslagerstätten verpresst werden. Abgesehen davon, dass man sich damit unkalkulierbare Risiken auflädt – ein Impuls zur nachhaltigen Veränderung unserer Lebens- und Wirtschaftsweise ginge davon auf keinen Fall aus, im Gegenteil.

Parallel zum Klimagipfel in Doha tagte die Landessynode der ELKB in Hof. "Das Thema Klimawandel duldet keinen Aufschub, sondern erfordert Taten" – zum Einstieg in das Schwerpunktthema Schöpfung erinnerten die Synodalen

Bärbel Deisting und Helga Neike an die Klimasynode 2009 in Bad Windsheim, in der die Synode beschlossen hatte, mit gutem Beispiel voran zu gehen und sich auf den Klimaschutz zu konzentrieren. "Veränderung ist möglich, wenn viele Menschen an vielen Orten kleine Schritte tun" lautete ihr Appell. Das müsse allein schon in Verantwortung für jene Menschen geschehen, die jetzt schon viel stärker von den globalen Auswirkungen des Klimawandels bedroht seien als die Deutschen. Ein gar nicht so kleiner Schritt dieser Art ist das kirchliche Umweltmanagementsystem "Grüner Gockel". Der Beauftragte für Umwelt- und Klimaverantwortung Wolfgang Schürger konnte Erfolge vermelden. 90 Kirchengemeinden und Einrichtungen sind auf dem Weg zur Zertifizierung oder bereits zertifiziert. Auch einige große Einrichtungen haben sich am Grünen Gockel beteiligt, so beispielsweise Mission EineWelt, das geistliche Zentrum Schwanberg, die Evangelische Akademie Tutzing und das Landeskirchenamt. Auch die bayerische Öffentlichkeit nimmt das inzwischen wahr. Das kirchliche Umweltmanagement wurde mit dem Umweltpreis der Bayerischen Landesstiftung ausgezeichnet. Finanzminister Markus Söder überreicht den Preis am 7. Dezember.

Kampfdrohnen, Krieg und Frieden

Rechtliche und ethische Bedenken zu den neuen Waffen

Von Peter Schönlein

Kampfdrohnen gelten als die neuen Wunderwaffen unserer Zeit. Die USA sehen in ihnen nicht nur eine entscheidende Verstärkung ihrer militärischen Effizienz im Kriegseinsatz, sondern auch die Möglichkeit, diese außerhalb von Kriegsgebieten, besonders in problematischen Staaten Afrikas oder der arabischen Welt, aber selbst in offiziell befreundeten Staaten wie Pakistan zum Einsatz zu bringen. Menschen, die als Feinde oder Terroristen verdächtigt werden, können durch Knopfdruck auf einem Computer buchstäblich aus heiterem Himmel getötet werden, Feuerbestattung inklusive. Die Kamera der Drohne zeigt auf dem Monitor den Einschlag der Rakete, das zerfetzte und ausgebrannte Fahrzeug der Hingerichteten. Was die Kamera allerdings nicht zeigt, ist die ohnmächtige Wut der davon betroffenen Menschen und der abgrundtiefe Hass, der dem Terror in seinen verschiedenen Erscheinungsformen immer neue Nahrung liefert. Es gibt durchaus kritische Stimmen dazu, auch in den USA selbst. So bilanziert eine Studie der Stanford und New York University für die Jahre seit

2003 mehr als 3300 Tote, die Mehrzahl davon Zivilisten, darunter 176 Kinder. Die US-Regierung ist von allen rechtlichen Einwendungen und ethischen Bedenken unbeeindruckt: Gewaltige Haushaltsmittel in Höhe von 31 Milliarden Dollar sollen gewährleisten, dass in wenigen Jahren viele tausend US-Drohnen den Himmel bevölkern.

Schon wird auch bei uns der Ruf laut, die Bundeswehr mit solchen Kampfdrohnen auszustatten. Zu verlockend ist offenbar die Vorstellung, Kriegseinsätze künftig immer mehr über Drohnen abzuwickeln. Damit, so wird argumentiert, könnten Verluste bei den eigenen Truppen minimiert werden. Die im Zusammenhang mit Afghanistan beklagte Kriegsunlust in der deutschen Bevölkerung und die vorherrschende Ablehnung von Auslands-Kriegseinsätzen könnten auf diese Weise in stärkere Akzeptanz umgemünzt werden. Dies würde jedoch mit Sicherheit dazu führen, dass militärische Interventionen noch öfter an die Stelle von zivilen Konfliktlösungen treten. Man mag sich gar nicht vorstellen, in welches Verhängnis diese Entwicklung

führen wird, zumal die mit Drohnen bewaffneten Staaten der westlichen Welt sich ihres Monopols nicht lange werden erfreuen können. Andere Militärmächte werden versuchen nachzuziehen: Ein neuer Rüstungswettlauf steht bevor – mit all den ruinösen Folgen für unsere ohnehin problembeladene Welt. Macht es Sinn, dagegen aufzubegehren? Würde das nicht als Zeichen von Blauäugigkeit, Naivität und Realitätsverlust gewertet? Oder gar als Selbstbetrug von Menschen, denen die Kraft und die seelische Robustheit fehlen, die Welt so zu nehmen wie sie nun einmal ist?

Sanftmut, Barmherzigkeit und Friedfertigkeit – alles Illusionen und Träume, die in unserer Welt keinen Platz haben?

Man wird doch noch fragen dürfen.



Drei gute Gründe für den Mindestlohn

Plädoyer für Kampagne von Kirchen und Gewerkschaften

Von Hans-Gerhard Koch

Es war Ende September, da haben Gewerkschafter und Kirchenleute von der „Kirchlich-Gewerkschaftlichen Initiative“ (KGI) an Landesbischof Bedford-Strohm, DGB-Bayern-Chef Matthias Jena und den Leiter des Katholischen Büros, Wolf, 1200 Unterschriften für eine engere Zusammenarbeit angesichts der Krise übergeben.

Symbolisch bekam jeder ein Brett mit 400 „Nägeln mit Köpfen“. Die KGI

plädierte dafür, aus den gemeinsamen Werten auch eine gemeinsame Aktion zu machen, eben „Nägeln mit Köpfen“.

Als ersten Schritt schlägt sie eine gemeinsame Kampagne für einen existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohn vor. Warum?

Drei Gründe von vielen:

Erstens: es widerspricht allen Gerechtigkeitsvorstellungen, wenn inzwischen mehr als ein Fünftel aller Arbeitenden so wenig verdient, dass sie

Gerechtigkeit: Mindestlohn

davon nicht leben können – unter der offiziellen Niedriglohngrenze von 2/3 des mittleren Lohnes liegen derzeit 23% aller Beschäftigten.

Zweitens: das mag heute für manche Arbeitgeber kostengünstig sein – langfristig ist es verheerend. Kinder wachsen in Mangelsituationen auf. Ihnen werden Zukunftschancen schon früh verbaut, weil sich die Eltern Bildung einfach nicht leisten können. Wer heute GeringverdienerIn ist, wird im Alter arm sein. Auf uns kommen Millionen von Menschen zu, die trotz lebenslanger Arbeit nur das Existenz-Minimum haben werden und sich z.B. kein Heim mehr leisten können.

Drittens: wir alle subventionieren als Steuerzahler über die „aufstockende Sozialhilfe“ diejenigen Arbeitgeber, die Menschen menschenunwürdig bezahlen. Inzwischen sind das mehr als 1,2 Millionen, es kostete seit Einführung von Hartz IV gut 70 Milliarden Euro.

Die Argumente gegen den gesetzlichen Mindestlohn sind schwach.

Es gibt ihn in der weit überwiegenden Mehrzahl der europäischen Länder. Dass er Arbeitsplätze kostet, ist ein Märchen, das durch die Entwicklung in den Branchen, in denen es einen Mindestlohn gibt, klar widerlegt ist. Der Hinweis auf das hohe Gut der Tarifautonomie ist pure Heuchelei. Auch die, die das vertreten, wissen,

dass die Gewerkschaften in vielen Bereichen so schwach sind, dass sie nur Hungerlöhne durchsetzen können.

In diesen Fällen muss der Gesetzgeber für Mindestbedingungen sorgen.

Auch der Hinweis auf die internationale Konkurrenzfähigkeit ist mehr als fragwürdig. Backshops, Friseursalons und Bewachungsfirmen werden wohl kaum ins Ausland abwandern können.

Sowohl eine Mehrheit der Deutschen als auch eine große Mehrheit im Bundestag ist für einen gesetzlichen Mindestlohn. Eine Vier-Prozent-Partei und die Lobby der Hungerlohnzahler verhindert ihn. Wie lange noch? Und wie lange schweigen wir als Kirchen noch dazu?



Wie geht's den Stillen Tagen?

Eine Nachfrage bei der Kirche und der Politik

Von Martin Kleineidam

Das Leitende Team des AEE hatte deutlich dafür plädiert, dass unsere Landeskirche in der Frage der Sperrstunde an den Stillen Tagen Buß- und Betttag und Karfreitag nicht nachgibt.

Nun sollen sie also doch um 2 Uhr morgens beginnen, der Großteil der Stillen Tage. FDP und CSU haben den bisherigen Gesetzentwurf nachverhandelt, der 2013 beschlossen werden soll. Vorher müssen die Verbände also Kommunen und Kirchen gehört werden. Laut einer Pressemitteilung vom 15.11.2012 zeigt sich Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm gegenüber der Staatsregierung nur noch bedingt gesprächsbereit: „Sollte sich entgegen dem bisherigen Eindruck im bayerischen Landtag eine politische Mehrheit finden, um an der gängigen Rechtslage eines Schutzes ab 0.00 Uhr festzuhalten, würde ich dies sehr begrüßen und unterstützen.“ Nun liegt es also an den Gemeindegliedern, an die Landtagsabgeordneten heranzutreten, um sie für den vollen Schutz der Stillen Tage zu gewinnen. Die Chancen stehen im Jahr der

Landtagswahl nicht schlecht, das Gesetzesvorhaben zu kippen. Unter anderem die SPD will die Änderungen nicht mittragen und sollte in dieser Auffassung gestärkt werden. Aber auch die CSU ist kein einheitlicher Block. Thomas Goppel, Sprecher der Katholiken in der CSU, warf den Kirchen vor, sie seien „Weichmacher“ (<http://sz.de/1.1383168>).

An die FDP braucht man wohl nicht heranzutreten. Mit dem Gesetzesentwurf umwirbt sie den Tanz- und Gaststättenverband. Im Gegenzug eines Kuhhandels, will die liberale Partei es der CSU und den Kommunen ermöglichen, ein nächtliches Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen durchzusetzen. Ein Verbot dieser Exzesse aus Einsicht erschließt sich jener Partei wohl nicht. Nun wäre es der Moment für alle Leserinnen und Leser der b&tk an ihre Landtagsabgeordneten heranzutreten und ihnen mit einer Mail nahe zu legen, für den vollen Erhalt der Stillen Tage einzutreten. Ein neues Gesetz braucht es also nicht. Die E-Mail – Kontakte der einzelnen Abgeordneten sind unter <http://www.bayern.landtag.de/de/93.php> zu finden. Dort gibt es eine

Stimmkreiskarte, aus der man die Kontakte der Abgeordneten herausfinden kann, die für den Stimmkreis zuständig sind, in dem man wahlberechtigt ist. Auf http://www.aee-online.de/texte/B_K2-2012.pdf bietet das Leitende Team Argumente für den Erhalt der Stillen Tage. Diese Erklärung kann man leicht kopieren und den Abgeordneten als E-Mail-Anhang zustellen.

Wie es in Bayern auch ganz anders gehen kann, zeigt der rebellische Marktflecken Weiltingen, Kreis Ansbach, der sich seit 17 Jahren der schleichenden Abschaffung des Buß- und Bettags erfolgreich widersetzt. Auf Initiative von Geschäftsleuten und ansässiger Firmen – nicht des Pfarrers – bleiben alle Geschäfte an diesem Stillen Feiertag geschlossen. Der



Elektrofirma Habermann kommt es nicht auf den Umsatz an, der an diesem Tag gemacht werden könnte.

Christine Grimm von einer Gärtnerei geht es darum, ein Zeichen gegen den Werteverfall zu setzen. Und die Inhaberin eines Supermarktes meint: „Man muss nicht alles mitmachen.“ (<http://www.bayern-evangelisch.de/www/informiert/buss-und-betttag-in-weiltingen.php>) Das sehe ich als aee-Sprecher auch so.

Wenn Vielfalt Gestalt gewinnt

Karl Foitzik zum 75. Geburtstag

Von Uli Willmer

Karl Foitzik, langjähriger Mitstreiter des aee, ist 75 Jahre alt. Aus Anlass seines Geburtstages fand in der Jugendkirche Lux ein Gespräch mit ihm statt. „Wenn Vielfalt gestalt gewinnt – Provokationen und Prioritäten für eine Kirche der Gegenwart und Zukunft“. Veranstalter: Baugerüst, Jugendkirche Lux, Studienzentrum Josefstal, aee.

Anfang der 60er Jahre zum Vorsitzenden des Landesjugendkonventes

gewählt, studierte er Theologie, war Gemeindepfarrer und dann Studentenfarrer an der Augustana Hochschule in Neuendettelsau. Er promovierte bei einem anderen Urgestein des aee, Christof Bäumler. 1972 wurde er an der neu gegründeten Fachhochschule für Religionspädagogik und kirchliche Bildungsarbeit Professor und studierte zugleich Pädagogik in Bamberg.

Er engagierte sich im aee, lange Jahre im Leitenden Team und als Sprecher. Rückblickend auf seine Erfahrungen im Landesjugendkonvent der Evangelischen Jugend in Bayern schreibt er:

„Die ersten Konvente haben mich so beeindruckt, dass ich mir überhaupt nicht vorstellen konnte, auch selbst Verantwortung im Konvent zu übernehmen. Ich erinnere mich daran, weil es für mich zu einer wertvollen Erfahrungen wurde, wie wir als neue Delegierte von den Älteren in die Verantwortung einbezogen und zu eigenen Schritten ermutigt wurden.“

Karl Foitzik hat daraus selber den Schluss gezogen andere zu ermutigen. Ein Thema liegt ihm immer noch am Herzen: Das Miteinander verschiedener Berufsgruppen in der Kirche. Denn wenn die verschiedenen Berufsgruppen ihre Qualifikationen im Team zusammenlegen, dann entsteht daraus ein Mehrwert für die kirchliche Arbeit. Seine Veröffentlichungen aus den 70er und 80er Jahren sind immer noch hochaktuell. Neben den Menschen mit theologisch-hermeneutischer Qualifikation braucht es auch solche mit theologisch-pädagogischer und theologisch-sozialdiakonischer. Diakone, Sozialpädagoginnen, Religionspädagogen und Pfarrerinnen – sie müssen sich auf Augenhöhe begegnen und gleichberechtigt im Team zusammenarbeiten.

Leider aber ist die Kirche immer noch Pfarrer-zentriert. Für andere



Berufsgruppen gibt es nur unzureichende Perspektiven. Karl Foitzik: *„Privilegien, die bis heute dem Kreis der Ordinierten vorbehalten sind, müssen in Frage gestellt werden.“*

Wie eine Kirche der Zukunft aussehen muss, das ist Karl Foitziks Thema. Das Miteinander verschiedener Berufsgruppen, von Ehren- und Hauptamtlichen ist ein Teil davon. Dafür hat er das anregende Bild der Karawanserei gefunden. Eine Karawanserei ist eine ummauerte Herberge an einer Karawanenstraße. Reisende konnten dort mit Tieren und Handelswaren sicher nächtigen und sich mit Lebensmittel versorgen. Sie waren Handelsplatz und Warenlager für Im- und Exporte. Er schreibt:

„Gemeinde als Karawanserei? Ein fremdes Bild. Aber im Blick auf die vielen Industrie- und Freizeitnomaden und auf

die vielen, die heute unterwegs sind, um nach dem Sinn des Lebens zu suchen, ein anregendes Bild."

Karl Foitzik plädiert: „... für Gemeinden, in denen die Türen weit offen stehen, und zu denen vor allem diejenigen Zugang haben, die Hilfe brauchen ...für Gemeinden der Vielfalt, in denen Unterschiede vor allem als Reichtum und nicht als Belastung angesehen werden.“ Kirche, die sich an diesem Bild orientiert, ist nicht in der Gefahr sich auf die Parochie zu begrenzen. Vielmehr schaut sie, auf welcher Ebene welche Arbeit sinnvoll geleistet werden kann. „Ein Netz "kirchlicher Orte" statt parochialer und überparochialer Konkurrenz“. Bei Karl Foitzik fasziniert das Inbezug-setzen von Theorie und Praxis, also die Praxistheorie. Geprägt ist sie von einer tiefen theologischen Durchdringung. Viele Artikel im

Baugerüst, in den Predigtstudien oder anderen Publikationen zeugen davon. Vielfalt ist für ihn kein beliebiger Containerbegriff, sondern gewinnt Kontur in der Auseinandersetzung und im Dialog.

„Großeltern stiften Zukunft“ – in diesem Projekt engagiert sich Karl Foitzik derzeit. Die Idee: Eltern wünschen sich verlässliche ältere Bezugspersonen. Doch oft wohnen Großeltern nicht am Ort. Eine „Börse“ soll Angebot und Nachfrage zusammen führen. Frauen und Männer aus der Großelterngeneration schlüpfen gerne mal in die Rolle von Oma und Opa. Und Mütter und Väter sind froh über die Kontaktmöglichkeiten. Intergeneratives Lernen wird hier ermöglicht. Man merkt Karl Foitzik seine Begeisterung an, wenn er über diese Projekte spricht.

Christian Felber: „Retten wir den Euro!“

Der Euro sei in der Krise, die er verdient hat, meint das Gründungsmitglied von Attac Österreich und erfolgreicher Autor, freier Tänzer, Universitätslektor und internationaler Referent, Christian Felber, geboren 1972, in seinem am 06.02.2012 erschienenen Buch "Retten wir den Euro".

Felber setzt sich in diesem Buch für die Tilgung der Staatsschulden über EU-weite Finanztransaktions-, Vermögens-

und Gewinnsteuern ein. Felber setzt sich kritisch mit den bisherigen Stabilisierungsbemühungen auseinander. Für ihn sind „Rettungsschirme“ in Wahrheit „Bankauffangschirme“, die jedoch durch die Zunahme der Staatsverschuldung die Retter selbst mit in den Abgrund nehmen können. Er hält aber auch nichts von der Streichung der Schulden, was „an sich gerecht“, aber nicht möglich sei, da es nach wie vor „systemrelevante Banken“ gibt.

Auch die „Inflationierung der Schulden“ hält Felber für einen „äußerst riskanten und nicht empfehlenswerten Ausweg“. Die vierte Option, für Felber die einzig mögliche, wäre die „Tilgung der

Schulden über EU-weite Finanztransaktions-, Vermögens-, Kapitalertrags- und Gewinnsteuern“. (Richard Gelenius) *Deuticke-Verlag, 10,00 Euro*

Luthers Wirtschaftsethik – überraschend aktuell

1992 schrieb der Marburger Kirchengeschichtler Hans-Jürgen Prien (im ersten Leben Chemiemanager) sein Buch über Luthers Wirtschaftsethik. Schon bald war es vergriffen – es gab kein anderes, das Luthers Aussagen zu Preisen und Löhnen, Zinsen und Monopolen so umfassend auflistet und mit seiner Theologie in Zusammenhang bringt.

Denn Luther begründet Wirtschaftsethik aus der zentralen Aussage der Bergpredigt: Gott lieben heißt ihn über das Geld stellen, und den Nächsten

lieben heißt nicht tun, was der Markt, sondern was die Liebe fordert. Die amerikanischen Lutheraner haben die Aktualität des Reformators schon länger entdeckt – in Deutschland steht das noch aus. Der Nürnberger mabase-Verlag hat das Buch rechtzeitig zum Reformations-jubiläum neu herausgebracht. Landesbischof Prof. Heinrich Bedford-Strohm hat ein Vorwort geschrieben. Denn auch er nutzt das Standardwerk. (H.G.Koch) *Mabase-Verlag, 19,90 Euro*

Mitgliederversammlung 2012

Wie es die Geschäftsordnung vorsieht, wird das endgültige LT (siehe „Adressen“ von der MV bestätigt. Die Geschäftsführerin berichtet über eine solide Finanzlage und freut sich, dass die Beitragserhöhung akzeptiert wurde. Die Kassenprüfung ergab, dass die Buchführung in Ordnung ist und die Geschäftsführerin und das LT entlastet werden können.

Die MV gedenkt an Heinz Weggel und Gertrud Kern, die in 2012 verstorben sind.

In der Aussprache wird gefragt

- wie wir neue Leute erreichen, z.B. Studierende der kirchlichen Berufe
- wofür der AEE eigentlich steht (ein Neumitglied aus Halle)
- wie der AEE kirchenpolitisch dasteht
- Wünsche und Anträge besagen
- dass der AEE an der Friedensfrage dranbleiben soll
- dass in b+k über das „Bündnis für Toleranz“ informiert wird und der AEE evtl. beitrifft
- dass die Frage der Ökumene thematisiert wird
- dass darüber berichtet wird, wie das Leben in Gemeinden mit gleichgeschlechtlichen Pfarrpaaren wirklich funktioniert

Die „Berichte und Kommentare“ freuen sich über Leserbriefe von Mitgliedern und Nichtmitgliedern des aee. Sie sind Meinung der Verfasserinnen und Verfasser, nicht des aee.

Anlässlich einer Konferenz des Leitenden Teams des aee, die zufällig zur selben Zeit am selben Ort stattfand, an dem die Ökumenische Initiative Reich Gottes – jetzt! ihre Jahrestagung abhielt, überreichte mir Herr Kleineidam das aktuelle Heft der „Berichte und Kommentare“ (2/2012) samt den „Zehn Quellen des Aufbruchs“ und knüpfte daran die Frage nach einer eventuellen gemeinsamen Schnittmenge der Anliegen des aee mit den Zielen unserer Initiative. Ein paar Überlegungen dazu:

Die „Quellen“ evangelischer Erneuerung liegen für den aee, das wird bei der Lektüre schnell deutlich, in erster Linie im Bereich des konkreten Handelns, der Ethik, auch struktureller Veränderungen „im eigenen Haus der Kirche“. Theologisches Leitbild dafür ist der Aufbruch, der Exodus aus gewohnten oder verkrusteten, vielleicht auch knechtenden Strukturen.

Nun könnte man ja fragen, warum es in unserer Kirche überhaupt nötig ist, auf diese Quellen eigens hinzuweisen, Handlungsweisen anzumahnen oder einzufordern, die doch im Grunde längst selbstverständlich sein müssten. Warum handeln wir denn nicht längst und ganz

selbstverständlich im Sinn eines weltweiten Schalom, einer alle Menschen, alles Leben einschließenden Gerechtigkeit, warum ist uns die Bewahrung der Erde nicht oberstes Gebot? Könnte es sein, dass dies auch mit nicht hinterfragten theologischen und liturgischen Traditionen zusammenhängt?

Diese so dringend notwendige theologische Grundsatzfrage wird in jenem Heft der b&tk allerdings nicht gänzlich ausgeblendet. Zwar erst auf den letzten Seiten, dort aber ausführlich und prononciert dargeboten, stieß ich auf eine Besprechung des Buches „Notwendige Abschiede“ von Klaus-Peter Jörns. Im Zentrum der Rezension steht Jörns' Kritik an der vor allem von Paulus propagierten Deutung des Todes Jesu als einem Heilsgeschehen. Der Verfasser referiert nicht nur Jörns' theologische Bedenken, sondern teilt sie ausdrücklich und in wohl begründeter Weise.

Eine solche theologische Grundsatzkritik ist aus der Sicht unserer Initiative dringend geboten, der Abschied von der Kreuzestheologie die unausweichliche und befreiende

Konsequenz aus der Begegnung mit dem jesuanischen Evangelium, das dank der historisch-kritischen Exegese inzwischen klar identifizierbar ist. Nicht das Kreuz, nicht Auferstehung und Wiederkunft, überhaupt nicht die Zukunft, sondern die Gegenwart, das Jetzt, das „Schon“ („Kommt, denn es ist schon bereit!", Lukas 11,17), ist das große Thema Jesu gewesen, die Welt, in der wir leben. Ist es nicht so, dass nur durch eine solche – im Grunde längst überfällige – inhaltliche Rück- und Neubestimmung und von ihr bestimmte Neuformulierung unseres kirchlichen Evangeliums ein wirklicher Aufbruch und Neubeginn gelingen kann? Ist die Zeit nicht da, einen solchen Erneuerungs-, ja Transformationsprozess endlich auf den

Weg zu bringen? Es wäre doch spannend, in diese Richtung gemeinsam weiter zu überlegen.

Um noch einmal auf Ihr ethisches Engagement zurückzukommen, ein kurzer Hinweis: Vom Beginn dieses Jahres an benennen wir auf unserer Website www.reich-gottes-jetzt.de Woche für Woche die vielleicht schlimmsten Verletzungen des Reich-Gottes-Charakters der Welt und deuten an, welch heilende Kraft die Botschaft Jesu entwickeln könnte.

Dr. Claus Petersen, Herschelstraße 31,
90443 Nürnberg, Tel.: (09 11) 35
05-165 (d.), (09 11) 9 35 08 29 (p.); E-
Mail: clauspetersen@gmx.de

Der AEE braucht neue Mitglieder!

Nach den erfreulichen 30 neuen Mitgliedern in 2011 ist es 2012 wieder ruhiger geworden in unserer Mitgliederkartei.

Dabei sind die Themen des AEE in aller Munde, und alle sagen: „Gut, dass es euch gibt!“

Das Leitende Team bittet: Sprechen Sie doch Menschen Ihrer Umgebung mal auf eine Mitgliedschaft im AEE an! Wir schicken gerne Infomaterial und

nehmen auch direkt Kontakt auf, wenn Sie uns eine Adresse oder e.mail nennen!

Der AEE braucht beides: eine breite Basis und aktive Leute an der Spitze. Das LT wird sich auf seiner Klausur im Juli Gedanken machen, wie wir an sie herankommen könnten.

Aber vielleicht haben Sie auch eine Idee dazu? Bitte teilen Sie das dem Sprecher mit!

Beitrittserklärung

Ich trete dem AEE bei!

Name:

Str.:

PLZ, Ort:

Beruf:

Tel./Fax

E-Mail

Ich bitte, den Jahresbeitrag* von meinem Konto Nr.....

bei BLZ..... abzubuchen.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Bitte einsenden an:

AEE-Geschäftsführung

Frau Beate Rabenstein, Hermann-Löns-Str.19, 90765 Fürth

fax 0911/7807393

* Beiträge für Auszubildende, Studierende und Erwerbslose 10€/Jahr
für Einzelmitglieder 30€, für Paare 40€

Adressen

Leitendes Team 2011–14

Richard Gelenius, Dipl.-Verwaltungswirt, Adam-Kraft-Str. 6a, 91126 Schwabach, 09122-73297

richard.gelenius@web.de

Dr. Karl F. Grimmer, Pfarrer

Donaustr. 8, 91052 Erlangen, 09131/5316550, karlf.grimmer@online.de

Martin Kleineidam, Pfarrer, Löhestr. 1, 95444 Bayreuth, 0921- 65580,

kleineidam@stadtkirche-bayreuth.de

Dr. Hans-Gerhard Koch, Sozialpfarrer i.R., Sonneberger Str. 10, 90765 Fürth, 0911-794507 hgkoch@nefkom.net

Heike Komma, Religionspädagogin Buchsteinweg 12, 95447 Bayreuth, 09211-596904

heike.komma@gmx.de

Kristina Reichert, Diakonin, Theodor-Körner-Str. 4, 97072 Würzburg, 0931-32955520 kristinareichert@web.de

Ulrich Willmer, Pfarrer, Johanneskirchplatz 1 96459 Coburg, 09561-39898, ulrich.willmer@elkb.de

Christine Wolf, Studentin, Brücknerstr. 5, 97080 Würzburg, 0931-2609499 christine.wolf@gmx.net

Lutz Taubert, Redakteur, Grabmannstr. 11, 81476 München 089-89162036 bachtaube@freenet.de

Dr. Annekathrin Preidel, Biologin Mitglied der LS, Pirckheimerweg 5, 91058 Erlangen, 09131-604784 annekathrin.preidel@googlemail.com

Geschäftsführung:

Beate Rabenstein, Hermann-Löns-Str. 19, 90765 Fürth. 0911-7807204 fax 7807383 f-b-rabenstein@gmx.de

Regionalgruppen

Nürnberg

Dr. H.-G.Koch/Artur Ziegenhagen, Tuchergartenstr.5, 90403 Nürnberg, 0911-536909

gae-nuernberg@t-online.de

Nächster Termin 19.2.2013,18-20

Uhr Gemeindehaus Hasenbuck, Thema: „Dritter Weg im kirchlichen Arbeitsrecht“ mit Gerd Herberg, vkm Bayreuth

Johannes Herold, Pfarrstr. 6, 95100 Selb 09287-6709335,

johannes.a.herold@googlemail.com

Dr. Jürgen Wolff, Richard-Wagner-Straße 24, 95444 Bayreuth 0921-5606811 wolff@ebw-bayreuth.de und Heike Komma (s. linke Spalte)

München

Pfarrer i.R. Gerhard Monninger Buttermelcherstr. 19, 80469 München 089-88983534

gerhardmonninger-@web.de

Einladung erfolgt von dort

Würzburg

Christine Wolf und Kristina Reichert (s. linke Spalte)

Einladung zum nächsten Treffen von den Sprecherinnen

Der AEE im internet unter www.aee-online.de. Dort mehr Informationen.

Impressum:

Herausgeber: Leitendes Team des AEE - ViSdP Dr. H.G.Koch, Fürth

Redaktion: Lutz Taubert, Martin Kleineidam, Gerhard Monninger

Druck: det Coburg, Auflage 750

